Nr. 247 Abend-Ausgabe
B 121

Berlin

Dienstag, 28. Mai 1929
V

Vossische Zeitung

10 Pfennig

Gegründet 1704

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils): Carl Misch Berlin Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff (A 7) 3600—3685, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3693. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus. Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Kanzlersieg in Magdeburg

Große Mehrheit auf dem Parteitag

Magdeburg, 28. Mai / Ullstein-Nachrichtendienst

Höhepunkt in der Auseinandersetzung auf dem Parteitage über die Einstellung der Sozialdemokratischen Partei zur Koalitionspolitik und Regierungs-Beteiligung war heute die Rede des Reichskanzler Hermann Müller (Franken), der bei seinem Erscheinen auf der Tribüne mit anhaltendem Beifall begrüßt wurde.

Der Kanzler wandte sich gegen seine Kritiker. Nicht weil sie Kritik geübt (die nötig sei), sondern weil das aufgewandte Maß an Kritik nur berechtigt gewesen wäre, wenn als Folge der politischen Führung die Partei an Resonanz und Anhang verloren hätte. Das sei aber gewiß nicht der Fall, von einer Krise innerhalb der Partei könne nicht die Rede sein.

Die großen Wahlerfolge zwangen uns, die Stellung der Opposition aufzugeben und in die Regierung einzutreten. Wenn jetzt schon wieder der Austritt aus der Regierung verlangt wird, so scheint mir das die Sehnsucht nach der guten alten Zeit zu sein, der Wunsch, daß der Stahlhelm wieder in Deutschland regieren müsse. Sollmann hat Recht: Die Koalition macht keine Freude! Wir sind viel zu gute Sozialdemokraten, um in der Koalition nicht ein notwendiges Uebel zu sehen und nirgends in der Partei gibt es einen Koalitionstausch. Ganz falsch ist aber die Auffassung, daß wir in der Regierung nur nachgeben, daß die anderen aber ihren Standpunkt durchsetzen. Ich möchte Ihnen wünschen, einmal Mäuschen spielen zu können, wenn der Wirtschaftsausschuß der Deutschen Volkspartei sich einmal mit dem Minister Curtius unterhält. (Heiterkeit.)

„Aber", sagt man, „das Zentrum weiß Erfolge zu erzielen, es wird das Konkordat durchsetzen." **Ich glaube nicht an diese vollkommene Durchsetzung. Denn kommt ein Konkordat zustande, dann wird es anders aussehen als das bayrische.** Auch wir haben in der Regierung mancherlei durchgesetzt. Wissel hat in der Sozialpolitik Erfolge erzielt. Zum ersten Male ist es gelungen, den Wehr-Etat herabzudrücken. Im Wahlkampf freilich stellen wir höhere Ziele auf. Aber man darf den Wählern nicht vorgaukeln, daß alle diese Ziele in einer Koalitionsregierung durchgesetzt werden können. Es wäre auch Illusionspolitik, wenn wir glauben wollten, daß eine sozialdemokratische Bildungspolitik, ein sozialdemokratisches Agrarprogramm durchzuführen wäre.

Der Panzerkreuzer

Der Reichskanzler erörterte dann die Schwierigkeiten mit dem Panzerkreuzerbau. Er legt die einzelnen Phasen der parlamentarischen Beschlußfassung dar und rechtfertigt seine Haltung im Kabinett damit, daß er sich gesagt habe: Die Mehrheit ist sowohl im Kabinett wie im Reichstag gegen mich. Namentlich das Zentrum hat sich nach langen inneren Kämpfen die Zustimmung zum Bau abgerungen und war dabei immer fester geworden. Es blieb für mich übrig: entweder Zustimmung, oder zwei Monate nach der Regierungsübernahme eine Regierungskrise. Die Krise hielt ich für unsinnig, denn dann hätten wir lieber gleich draußen bleiben können. Ich habe als Kanzler mit der Fraktion gegen den Panzerkreuzerbau gestimmt, obwohl das dem Sinn und Geist der Verfassung widerspracht. **Aber ich lehne die Wiederholung eines solchen Experiments ab, zumal der gegenwärtige Reichstag die Fortführung des Baus beschlossen hat. Die sozialdemokratischen Minister müssen für die zweite Rate stimmen, denn sie haben noch besonders bei der Bildung der jetzigen Großen Koalition sich verpflichtet, den Etat, wie er aufgestellt ist, durchzusetzen. Sie können mich zwingen, mein Amt aufzugeben. Mir aber nicht zumuten, als Reichskanzler gegen eine Regierungsvorlage zu stimmen.** Die hieraus entstehenden Konsequenzen müssen Sie sich reiflich überlegen.

Das Maß der Verantwortung, die ein Reichskanzler zu tragen hat, ist größer als das eines Parteiführers. Wenn Sie schon eine Regierungskrise wollen, dann müssen Sie sich eine andere Frage dazu heraussuchen. Eine **Regierungskrise wegen des Panzerkreuzers würde die Partei unsterblich lächerlich machen.** (Lebhafte Zustimmung.) Es handelt sich doch nur um einen Ersatzbau. Wenn Sie aber wirklich die Abschaffung der ganzen deutschen Marine wollen, so haben Sie auch gleichzeitig damit die Frage der Koalitionspolitik restlos gelöst. (Erneute lebhafte Zustimmung.) Uebertriebene Abrüstungspolitik liefert nur Wasser auf die Mühlen der Nationalisten. Der Krieg hätte 1914 vielleicht verhindert werden können, wenn der bekannte Beschluß der Internationale dem französischen Deputierten Jaurès nicht gehindert hätte, in die Regierung einzutreten, und wenn der deutsche Obrigkeitsstaat nicht die Sozialdemokraten grundsätzlich von der Mitverantwortung ausgeschlossen hätte. Sie werden einen neuen Krieg niemals verhindern, wenn die Sozialdemokraten sich vom Regieren künftig fernhalten. (Stürmischer Beifall.)

Der Kanzlerrede vorausgegangen waren Ausführungen zweier sozialistischer Parlamentarier. Abg. **Fleißner**-Dresden, ehemaliger Kultusminister in Sachsen, bedauerte es, daß die Partei im vergangenen Jahre bedingungslos in die Regierung hineingegangen sei. Die Beseitigung des Bürgerblocks genüge nicht, es hätte eine positiv arbeiterfreundliche Politik einsetzen müssen. Davon sei aber leider keine Rede. Die Sozialpolitik ist nicht weiter getrieben worden. Das Wenige, was erreicht wurde, wäre von der Partei auch in der Opposition erreicht worden. Deshalb komme er zu dem Schluß: Die Koalitionspolitik ist nicht länger tragbar, und die Partei müsse ihre Minister zurückziehen.

Die Opposition begleitet diese Sache mit Beifallskundgebungen; sie sind stärker auf den Tribünen als im Saale, wo die Delegierten ihre Plätze haben.

Abgeordneter Eduard David stellt fest, daß die Partei den Panzerkreuzer als unzweckmäßig ablehne. Die Mehrheit des Reichstags wolle ihn aber bauen. Bleiben wir in der Regierung, so haben unsere Minister den Willen der Reichstagsmehrheit durchzuführen. **Demission würde eine Krise des demokratischen Systems bedeuten. Deshalb warne er, diesen Weg zu gehen.** (Großer Beifall.)

Hindenburg, Trotzki, Severing

Nach dem Kanzler kam dann wieder die Opposition zu Worte. Abg. Dr. Rosenfeld bezeichnet als Hauptgrund für die Empörung über die Haltung der Minister in der Panzerkreuzerfrage, daß sie unmittelbar auf den Beschluß der Internationale gegen die Kriegsrüstung erfolgte und diesen Beschluß in seiner Bedeutung geschmälert habe. Dr. Rosenfeld kritisiert das Telegramm des Reichskanzlers an Hindenburg aus Anlaß der Geburt seines Enkels und die Verweigerung der Einreiseerlaubnis an Trotzki. Auch die Berufung Severings zum Schiedsrichter bei der Metallarbeiteraussperrung sei ein schwerer Fehler gewesen. (Beifall.)

Raloff-Hannover tritt temperamentvoll für die Fortführung der Koalitionspolitik ein. Ironische Bemerkungen gegen das

Eupen-Malmedy ohne Stimme

Nach den belgischen Wahlen

Brüssel, 28. Mai / Ullstein-Nachrichtendienst

Die Wahlbüros in der Provinz senden ihre Resultate nur sehr langsam nach Brüssel, weil die Wählerschaft sehr ausgiebig von dem Recht der Vorzugswahl Gebrauch machte, und die Auszählung daher Schwierigkeiten bereitete. **Es steht aber jetzt schon fest, daß die früheren deutschen Kantone Eupen, Malmedy und St. Vith in der Kammer nicht vertreten sein werden. Sie sind ein Opfer des belgischen Verhältniswahlsystems.** Die Christliche Volkspartei erreichte in den Kantonen 49 v. H. der Stimmen; da die Kantone aber zum Wahlkreis Verviers gehören, werden ihr nur 11,6 v. H. in Rechnung gebracht. Der sozialistische Abgeordnete Sommerhausen, der bisher Eupen-Malmedy in der Kammer vertrat, wurde nicht wiedergewählt. An seiner Stelle wird der Wahlkreis Lüttich eine Frau als sozialistische Abgeordnete, die erste in der belgischen Kammer, nach Brüssel senden.

Die Verluste der Katholiken in Flandern zugunsten der flämischen Nationalisten trotz der bischöflichen Briefe und Ermahnungen zeigen, wie wenig sich die Bevölkerung die politische Agitation der hohen Geistlichkeit gefallen läßt. Der Abg. Vindervogel, der besonders vom Bischof in Brügge angegriffen worden war, erhielt in seinem Wahlkreis für sich allein mehr Stimmen, als die katholische Liste insgesamt. Es scheint, daß die Katholiken ihre Verluste in Flandern nicht durch Gewinne in der Wallonie ausholen konnten.

Der Wahlerfolg der Liberalen ist nicht an bestimmte Gebiete gebunden. Bemerkenswert für diese Partei ist die Wahl des früheren belgischen Rheinland-Kommissars Forthomme, dessen freihändlerische Ansichten bekannt sind. Der Sieg der Liberalen wird für eine politische Kursänderung der Regierung, die allerdings nur innerpolitisch bedeutungsvoll sein wird, bestimmend sein. **Man spricht jetzt schon von der Schaffung eines neuen Ministerposten, um die Wünsche der Liberalen zu befriedigen, ohne die Position der Katholiken zu schwächen.**

Der überraschend starke Sieg der flämischen Nationalisten zeigt, welche Probleme die zukünftige belgische Regierung, wenn sie umgebildet werden sollte, zu bewältigen haben wird. Sie wird vor die Sprachenfrage gestellt werden, die noch keine belgische Regierung befriedigend lösen konnte. **Es fragt sich nur, ob eine Regierung unter sozialistisch-liberalem Einfluß das geeignete Instrument für diese kulturpolitische Aufgabe sein wird.**

Die Mathematiker in Paris

Paris, 28. Mai / Ullstein-Nachrichtendienst

Trotz neuen Stimmungsumschwungs hat die Reparations-Konferenz die Einigungsformel noch nicht zu finden vermocht und heute scheinen die Besprechungen über die Höhe der deutschen Annuität wieder einmal auf ein totes Gleise geraten zu sein.

Von amerikanischer Seite war gestern ein neuer Vermittlungsvorschlag gemacht worden, den die deutsche Delegation als Diskussionsbasis angenommen hat. Die Verhandlungen darüber, die bis in die späten Abendstunden gedauert haben und heute fortgesetzt wurden, schienen zunächst zu einem Ergebnis zu führen. **Die darauf aufgebauten Hoffnungen aber sind heute von den Mathematikern wieder brüsk zerschlagen worden. Diese haben ausgerechnet, daß der Gegenwertswert des neuen Kompromißvorschlages nicht ausreiche, um sämtliche Forderungen zu befriedigen,** und so wurde auch diese Verhandlungsbasis von der Gegenseite wieder verlassen.

Die deutsche Delegation, die an den Zahlen des Young-Planes festhält und jede Erhöhung der deutschen Annuität ablehnt, ist in den Besprechungen der beiden letzten Tage der Gegenseite in der Frage der Deckung der Besatzungskosten sehr weit entgegengekommen. **Sie hat ihre Bereitschaft bekundet, den Termin des Inkrafttretens des neuen Zahlungsplanes vom 1. April auf den 1. September hinauszuschieben und für diese Zeit eventuell auf die Verrechnung der Differenz von Dawes- und Young-Annuität zu verzichten, so daß die Gegenseite zur Deckung der Kosten für die Okkupationsarmeen, die alliierten Kontrollorgane usw. einen Betrag von über 350 Millionen zur Verfügung haben würde.**

Dies Angebot aber ist von den Sachverständigen der Gläubigerstaaten als „unzureichend" abgelehnt worden.

Marschall Pilsudski als Zeuge

Warschau, 28. Mai / Ullstein-Nachrichtendienst

Marschall Pilsudski hatte bekanntlich vor einigen Monaten in einer aufsehenerregenden öffentlichen Aeußerung erklärt, wenn er wieder Ministerpräsident würde, so würde er eine Verhandlung des Staatsgerichtshofes gegen seinen früheren Kollegen, den Finanzminister Czechowik überhaupt nicht zulassen. Im Gegensatz zu diesen starken Worten steht, wie so manchmal, das tatsächliche Verhalten des Marschalls. Er hat zwar inzwischen die Ministerpräsidentschaft nicht übernommen, ist aber zurzeit Kriegsminister und erster Generalinspektor der Armee. Trotzdem hat er dem Fortgang des vom Parlament gegen Czechowik angestrengten Prozesses nicht nur keinen Widerstand entgegengesetzt, er hat sich gestern auch über eine Stunde lang willig als Zeuge in diesem Prozeß vernehmen lassen. Dabei machte er alle gewünschten Aussagen. Das Urteil in diesem Prozeß dürfte erst in einigen Monaten gefällt werden.

0338